

Herforder Zeitung

Bezugs-Preis 4.00 Mark
monatlich. Bei Postbezug
4.00 Mark und Bestellgeld. Die
Zeitung erscheint täglich, außer
Sonntags- und Feiertag, mittags

für Stadt

und Land

Druck und Verlag Fr. Kühle
Geschäftsstelle: Herford,
Rennstraße 29/31



Fernsprecher Nr. 83 und 184
Postfachkonto Nr. 5296
Scheidt Hammer

Anzeigenpreis 30 Pfennig
die 1 Spalte 11 Zeilen oder
deren Raum für Stadt- u. Land-
kreis Herford, sonst 35 Pfennig.
Kleinanzeigen die Zeile 2.00 Mark

Generalanzeiger für Stadt- und Landkreis Herford

Ämtlicher Anzeiger für Stadt- u. Landkreis Herford

Nr. 197.

Herford, Mittwoch, den 24. August 1921

39. Jahrgang.

Das Neueste vom Tage

Die Reichsregierung bereitet die Herausgabe eines Weisbuchs über das Saargebiet vor, um es demnächst dem Reichstage zugehen zu lassen.

Der Reichstagspräsident hat nach Zusage für das den Fraktionen die Einberufung des Reichstags auf den 27. September vorgelegen.

Vom morgigen Donnerstag ab werden von Mainz aus zwei Bataillone Engländer und eine Brigade Franzosen durch Deutschland nach Oberschlesien transportiert werden.

Die Delegationen der britischen, französischen, belgischen und italienischen Regierungen im Ausschuss für das Hilfswerk in Russland sind ernannt und werden aufzusammeln, sobald auch die japanischen und amerikanischen Delegationen ernannt sind.

Der polnische Eisenbahnerstreik, dessen Zentrum in Posen ist, scheint an Ausdehnung zu gewinnen; das Posener Generalkommando beruft auf Befehl des Kriegsministers bereits die Jahrgänge 1882-1892 der demobilisierten und beurlaubten Eisenbahnertruppen ein.

Der in England weilende australische Premierminister ist gestern nach Frankreich abgereist.

Die griechischen Truppen setzen ihren Vormarsch in Kleinasien weiter fort.

Ankunft aus Avignon.

Wob. Frankfurt a. M., 23. Aug. Die „Frankf. Ztg.“ meldet aus Ludwigshafen, daß dort heute vormittag drei- und dreißig deutsche Kriegsgefangene aus Avignon ankamen. Es sind meistens Norddeutsche und Thüringer, darunter zwei Schwerverletzte. Nach halbstündigem Aufenthalt traten die entlassenen Kriegsgefangenen die Weiterreise nach dem unbesetzten Gebiet an. In Avignon sind noch 67 deutsche Kriegsgefangene, ferner eine Anzahl Oesterreicher, Bulgaren und Türken, im ganzen 80 Mann.

Gegen wilde Lohnbewegungen.

Ein Aufruf der Bergarbeiter.

Wob. Essen, 23. August. Die vier Bergarbeiterverbände, nämlich der Verband der Bergarbeiter Deutschlands, der Gewerkschaft christlicher Bergarbeiter Deutschlands, die polnische Berufsvereinigung Abt. Bergarbeiter und der Gewerkschaft der Fabrik- und Handarbeiter Abt. Bergarbeiter, erlassen heute folgenden Aufruf an die organisierten Bergarbeiter Deutschlands:

Kameraden! Die vier Bergarbeiterverbände haben für die Arbeiter aller Bergbauviertel Lohnbewegungen gefordert. Die Verhandlungen in Berlin am 19. 8. haben noch kein Ergebnis gezeigt. Eine Erhöhung der Löhne für alle Kameraden ist aber infolge der Preissteigerung der Lebenshaltungskosten unbedingt erforderlich. Die Organisationsvertreter werden alles aufbieten, um die Lohnbewegung zu einem erfolgreichen und schnellen Abschluß zu bringen. An alle Kameraden und insbesondere an die gewerkschaftlichen Organisationsmitglieder ergeht der dringende Ruf, in dieser Lohnbewegung gewerkschaftliche Disziplin zu üben und sich nicht vorzeitig in politische und Arbeitsniederlegungen einzulassen. Einzig und allein die Beschlüsse und Entschlüsse der Bergarbeiterorganisationen dürfen befolgt werden. Kameraden, zeigt, daß ihr gewerkschaftliche Ordnung und Disziplin anerkennt. Jeder höre auf die Organisationsbeschlüsse und handle danach. Jede politische, ganz gleich von welcher Seite sie kommt, gefährdet nur die gegenwärtige Bewegung. Kameraden, tretet überall ein für die Stärkung der gewerkschaftlichen Organisationen. Nur die Einheit der Bewegung, die Geschlossenheit der Kameraden sowie Ruhe und Ordnung während der ganzen Lohnbewegung verbürgen eine erfolgreiche Durchsetzung.

Gegen die Begnadigung der Kommunisten.

Der Reichsverein Merseburg der Deutschen Demokratischen Partei hielt am 21. August in Lauchstedt seine gut besuchte Sommer-Tagung ab. In der Aussprache wurde in scharfer Weise der Antrag angenommen, den ungewöhnlichen Begnadigungen der Kommunisten, denen damit von reichsweiten ein freies, ausgeübt sei, neue Anreize anzusetzen und neue Morde zu begehen. Die Versammlung nahm eine Entschliessung an, die das Vorgehen des Reichspräsidenten und des Reichsjustizministers mißbilligt und die demokratischen Abgeordneten bittet dafür zu sorgen, daß derartige in Zukunft nicht mehr geschehe. In der öffentlichen

Die Forderungen der Beamten und Arbeiter.

Auf dem Wege zur Verständigung — Tarifierhöhungen bei Post und Eisenbahn.

Wie bereits gemeldet, haben am Montag im Reichsfinanzministerium die Verhandlungen zwischen der Regierung und den Organisationen der Beamten und Arbeiter begonnen. Die Beratungen konnten zwar am Montag noch nicht zu Ende gebracht werden, doch ist in den meisten Punkten ein Uebereinkommen erreicht worden, und es ist damit zu rechnen, daß im Laufe des heutigen Mittwochs die Aussprache beendet werden kann. Ueber den Verlauf der Verhandlungen wird berichtet:

Die Verhandlungen, an denen der Deutsche Beamtenbund, der Deutsche Gewerkschaftsbund, der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund und die Eisenbahner-Gewerkschaft teilnahmen, wurde durch eine Rede des Reichsfinanzministers eröffnet, in der er mit Nachdruck auf die außerordentlich schwierige Lage des Reiches hinwies.

Der Reichsfinanzminister

streifte auch die oberste Frage und sprach die Hoffnung aus, daß die Entscheidung des Völkerrates Deutschland ermöglichen werde, seinen Verpflichtungen nach Kräften nachzukommen. Dann ging Dr. Brüning auf die Verpflichtungen der einzelnen Organisationen ein. Er schilderte, daß die Befriedigung der Ansprüche, welche von den Eisenbahnern und einem Teil des A. D. G. B. erhoben worden sind, eine Mehrbelastung von 14 Milliarden betragen würde, daß für die Gehaltsansprüche, die der Deutsche Beamtenbund aufgestellt habe, sogar 16 bis 18 Milliarden erforderlich seien. Was für die eine noch für die andere Forderung sei Bedenk vorhanden. Sie würden den Etat sehr wesentlich belasten. — Hierauf sprach

Reichsverkehrsminister Gröner

über die Verhältnisse bei den Reichseisenbahnen. Im großen und ganzen habe die letzte Tarifierhöhung nicht die ähnl. Folgeerscheinungen gezeigt, die man vielfach befürchtet habe. Der Personenverkehr sei befriedigend, dagegen seien die Einnahmen an dem Güterverkehr ganz wesentlich zurückgegangen. Dieser Umstand sei einmal dadurch hervorgerufen, daß die Bergarbeiter im Ruhrrevier das Uebereinkommen kündigten, jedoch täglich 3000 Eisenbahnwagen weniger verladen werden als zur Zeit der Ueberflachten. Noch schlimmer sei der Ausfall, den die Eisenbahn in Oberschlesien nunmehr seit Monaten erleidet. Infolge der politischen Wirren würden dort jetzt täglich 7000-8000 Waggons weniger beansprucht, als in den Zeiten ungestörter Arbeit. Weiter müsse die Eisenbahn mit neuen recht erheblichen Ausgaben rechnen. Die neue Materialsteigerung, die etwa 10 Prozent betrage, erfordere Mehraufwendungen in Höhe von rund einer Milliarde. Hinzu kämen noch andere Betriebsausgaben, etwa in gleicher Höhe, so daß das Defizit für das Jahr 1921 sich nicht in so engen Grenzen bewegen werde, als man im Etat angenommen habe. Infolge der neuen Beamtenforderungen und der Erhöhung der Arbeiterlöhne könne er auch wahrheitsgemäß seine Ansicht, das Defizit bei den Reichseisenbahnen bis zum April 1923 zu beseitigen, nicht durchführen. Aus allen diesen Gründen habe man im Reichsverkehrsministerium bereits an eine neue Tarifierhöhung gedacht, die sich auch wohl kaum werden umgehen lassen.

Im gleichen Rahmen bewegten sich die Ausführungen des

Reichspostministers Giesberts.

der erklärte, daß die Post einen ungedeckten Fehlbetrag von über 2 Milliarden aufweise, der unbedingt beseitigt werden müsse. Er halte deshalb eine Erhöhung aller Post-, Fernsprech- und Telegraphengebühren im Verhältnis 1:10 für notwendig, so daß also ein Brief künftig eine Mark kosten würde. Weiterhin müsse eine erhebliche Erhöhung der Telegrammgebühren durchgeführt werden, da dieser Betrieb, der noch niemals rentabel gewesen sei, jetzt besondere Aufwendungen für Neu- und Umbauten verlange. Das Personal müsse seinerseits alles tun, um den unhaltbaren finanziellen Verhältnissen ein Ende zu machen. Jeder Beamte und jeder

Versammlung am Nachmittag wandte sich Dr. Böhmer-Magdeburg gegen die Rechte und rief ihr zu: Wer Größe haben will, soll Größe in seinem Vaterlande schaffen und sich auf die neue Zeit einstellen. Die Leute irren, die Monarchie und deutsche Größe für einen Begriff halten.

Unter fremder Willkür.

Französische Durchbreitung.

gr. Krenznach, 23. August. Als Nachkommen alter Preußen, die unter Napoleons Fahnen kämpften, wurden dem „Oeffentl. Anz.“ zufolge acht angesehene Bürger der Stadt durch die französischen Behörden mit einer Erinnerungsmedaille dekoriert, die ein Colonel Claret mit einer Ansprache überreichte, in der er der Hoffnung auf dauernde Versöhnung der Menschheit Ausdruck gab. Diese Versöhnungsthat der Franzosen im besetzten Rheinland ist ganz offensichtlich auf den Geist der „Durchdringungpropaganda“ zurückzu-

Arbeiter müsse intensivste Arbeit leisten und er müsse im Interesse des Staates sich gefallen lassen, daß seine Arbeitskraft voll ausgenutzt werde.

Dann gab Geheimrat Kühnemann vom Reichsfinanzministerium

die Befolungsborschläge der Regierung

bekannt. Er teilte mit, daß die Regierung Maßnahmen treffen werde, um alle noch ausstehenden Forderungen aus der Befolungsordnung den Beamten sofort zu erfüllen. Ferner sei die Regierung bereit, einen Ausgleich der Feuerungszuschläge in den Ortsklassen vorzunehmen, und zwar derart, daß die Differenz zwischen Ortsklassen A und C statt 15 Proz. wie bisher, in Zukunft nur noch 10 Proz. betragen solle. Dagegen könne die Regierung der Forderung der Organisationen auf gleichmäßige Erhöhung der Zuschläge für alle Beamten nicht zustimmen. Sie sei dagegen bereit, die einzelnen Feuerungszuschläge in den verschiedenen Ortsklassen um je 15 Proz. zu erhöhen, daß also in den Ortsklassen A, B, C eine Erhöhung von 70 auf 85 Proz. erfolgen würde. Man sei weiterhin bereit, die Stundenlöhne der Arbeiter um 55 Pfg. gleichmäßig zu erhöhen. Die Kinderzuschläge sollten von 150 Proz. auf 175 Proz. in Ortsklasse A, in Ortsklasse B und C auf 150 Proz. und in den Klassen D und E um 125 Proz. erhöht werden. Das würde in Ortsklasse C eine Erhöhung gegenüber den jetzigen Zuschlägen um etwa 50 Proz. betragen.

Diese Vorschläge der Regierung wurden von sämtlichen Vertretern der Beamten und Arbeiter als unzureichend bezeichnet.

Nach sehr langen Erörterungen, in denen die Gegenstände zum Teil scharf zutage traten, fanden sich die Regierungsvorteile dazu bereit, die Feuerungszuschläge für sämtliche Ortsklassen anstatt um 15 Proz. nunmehr um 20 Proz. zu erhöhen. Auch hier verteten die Gewerkschaften vor allem wieder die Forderung, daß an Stelle einer prozentualen Erhöhung eine gleichmäßige Feuerungssumme an alle Beamten, ohne Rücksicht auf das Grundeinkommen zu zahlen sei. Man einigte sich auf einen

Kompromißvorschlag.

der vorsieht, daß die Zulagen um 20 Proz. erhöht werden, daß jedoch den in Ortsklasse C eingestufteten Beamten, die naturgemäß am schlechtesten fortkommen, ein annehmbarer Ausgleich zugesichert werde. Diese Frage wurde einem Unterausschuß unter Vorsitz des Geheimrats Schlieben zur weiteren Bearbeitung überwiesen. Man konnte jedoch in diesem Unterausschuß nicht zu einer reiflichen Verständigung gelangen, so daß die Regierungsvorteile dann den Vorschlag machten, eine weitere Erhöhung der Kinderzulagen um 25 Proz. zu genehmigen, daß also in Ortsklasse A 200 Proz., in B und C 175 Proz. und in D und E 150 Proz. gezahlt werden. Für die Diätäre wurde zugesagt, daß sie jetzt in den beiden ersten Jahren 90 Proz. des planmäßigen Beamteneneinkommens, im dritten und vierten Jahre 95 Proz. und vom vierten Jahre ab das vollständige Beamtengehalt erhalten sollen. Den Arbeitern wurde nach dem Vorschlag der Regierung eine Aufbesserung des Stundenlohnes um 85 Pfg. zugesichert. Die Auszahlung der neuen Gehälter und Löhne soll am 1. September bereits erfolgen, da die Regierung dem Reichsrat unverzüglich eine entsprechende Vorlage überreichen wird. Man will sich ferner die Zustimmung der einzelnen Parteien sichern, um später die nachträgliche Genehmigung des Reichstages einzuholen.

Diese Zusicherungen der Regierung wurden von den Organisationsvertretern jedoch nicht ohne weiteres angenommen, da die Gewerkschaften von der Forderung einer Mindestgarantie nicht abgingen. Nach 12stündiger Verhandlung wurde die Konferenz abgebrochen.

Die ursprünglichen Zugeständnisse der Regierung würden für das Reich und die Länder eine Mehrausgabe von 5 Milliarden erfordern, während sich diese Zahlen durch die nachträglichen Bewilligungen auf 8 Milliarden erhöhen.

führen, gibt allerdings gegenüber dem gartigen Benehmen der französischen Behörden einen sehr bedürftigen Beweis des Versöhnungswillens und die Deutschen werden angesichts des sonstigen Auftretens der französischen „Sieger“ gegenüber Deutschland besser daran tun, derartige Auszeichnungen abzulehnen.

Brutale Rechtsverletzung.

gr. Koblenz, 23. August. Nach einer Meldung der „Koblenzer Volkszeitung“ beschlagnahmten die französischen Militärbehörden 40 Jagden in Rheinhessen, hauptsächlich in den Gemarkungen Ratterheim und Nierenstein. Die Jagden stehen lediglich den französischen Offizieren zur Ausübung der Jagd zur Verfügung. Ein Einspruch der Jagdpächter bei der internationalen Rheinlandkommission hat bisher keinen Erfolg gehabt. Die französischen Offiziere haben bereits mit dem Abschluß der in diesem Jahre besonders günstigen Fährer- und Gajenbestände begonnen.

Rundschau

Die Ferientagung der demokratischen Reichstagsfraktion in Konstanz beschäftigte sich in zweitägigen eingehenden Verhandlungen mit der außen- und innenpolitischen Lage. Besonders ausführlich wurden nach Referaten von Dr. Fischer-Köln, Reimath und Dr. Böhme die Steuerfragen grundsätzlichen und in ihren Einzelheiten durchgesprochen. Dabei ergab sich eine weitgehende Übereinstimmung der Ansichten, jedoch wurden entscheidende Beschlüsse den Fraktionsberatungen vorbehalten, die unmittelbar vor Zusammentritt des Reichstags im September in Berlin vorgehen sind. Ein weiterer Hauptgegenstand der Beratungen war die Notlage der Beamten, deren alsbaldige Milderung von allen Seiten für dringend erforderlich angesehen wurde. — Im Anschluß an die Ferienführung sprach in einer öffentlichen Versammlung der Reichstagsabg. Dr. Kütz: Der wahrhaft deutsche Gedanke sei stets demokratisch gewesen. 1813 habe er uns aus den Trümmern erhoben, wobei zuerst das Volk gerufen habe, dann erst der König, und 1871 wäre ohne Volksvertretung kein Kaiserreich entstanden. 1914 seien unsere Männer nur für das Vaterland und das Volk ins Feld gezogen. 1918 war der Urrgrund des Zusammenbruchs die Sünde wider den demokratischen Geist. Nur der demokratische Gedanke habe das Volk vor dem Sturz in die letzte Tiefe gerettet. Reichstagsabg. Kossell schilderte die Not im besetzten Rheinland und forderte dazu auf, persönlich und geschäftlich engere Beziehungen mit ihm herzustellen. Weder ein starker Mann noch Bündnisse könnten uns helfen, helfen könne nur die Entgiftung der politischen Atmosphäre.

Herford und Minden-Ravensberg

Das Schicksal ist ein vornehmer aber teurer Hofmeister.
Goethe.

24. August.

Kartoffelversorgung der Bedürftigen. Zum halben Marktpreis.

Uns geht folgender Bericht zu: Mit der Kartoffelversorgung der Kriegshinterbliebenen und Schwerkriegsbeschädigten des Landkreises Herford beschäftigte sich Montag der Vorstand des landwirtschaftlichen Kreisvereins. Es herrschte Einverständnis darüber, daß diesen Personen sowie anderen Witwen und Gebrechlichen, die sich in gleich ungünstiger Lage befinden, durch freiwillige Hilfe der Landwirtschaft Erleichterung geschaffen werden muß. Dabei muß sorgfältig geprüft werden, welche Hausstände auf Zufuhr von Speisefartoffeln zur menschlichen Ernährung zwingend angewiesen sind und in welcher Menge, sowie ob sie wegen bedrängter Lage dazu außerstande sind.

Es besteht der Wunsch, daß die Auswahl und Mengenzuteilung in jeder Gemeinde oder Bauerschaft unter Vorsitz des Vorstehers durch zwei vom landwirtschaftlichen Ortsverein zu bestimmende Landwirte und zwei Mitglieder der Unterausschüsse für Kriegshinterbliebenen- und Schwerkriegsbeschädigten-Prüfung des eigenen Anbaues und der wirtschaftlichen Lage erfolgt. Jeder Landwirt soll aufgefordert werden, größere Mengen Kartoffeln zum halben Marktpreis für diese wirklich in bedrängter Lage befindlichen Hausstände nach Bestimmung der Gemeinde abzugeben. Diejenigen Gemeinden, die nicht alle gezeichneten Kartoffeln für die eigenen Bedrängten nötig haben, sollen den Ueberschuß an die städtischen und Industrie- und Gewerbegebiete nach Bestimmung des Kreises abgeben. In den landwirtschaftlichen Ortsvereinen soll die Angelegenheit weiter behandelt und warm empfohlen werden.

Der Vorstand des landwirtschaftlichen Kreisvereins beschließt hiermit aus eigenem Entschluß einen Weg vor-

tischer Liebestätigkeit, über den man seine Genehmigung nicht verhehlen kann. Freie Selbstverwaltung will helfend eingreifen nach Prüfung der Verhältnisse durch Ortskundige, die sowohl den Anbauern, als auch den Verbrauchern angehören. Hoffentlich gelingt es auf diese Weise recht vielen Familien, Kartoffeln zu erträglichen Preisen einzufektern.

Der Lippische Landbund richtet an seine Mitglieder folgende Bitte: „Verkauft keine Kartoffeln an auswärtige Händler, bevor der Bedarf in Lippe nicht gedeckt ist. Laßt uns alle dafür sorgen, daß zunächst die heimische Bevölkerung, soweit sie Kartoffeln kaufen muß, dieses im Lande tun kann. Diese Kreise der Bevölkerung werden ersucht, sich schnell mit ihren früheren Kartoffellieferanten in Verbindung zu setzen.“

H. Zum Bürgermeistermorde in Heidelberg. Das Wolffsche Telegraphenbüro verbreitet aus Mannheim nachstehende Meldung: „In der Angelegenheit des Bürgermeistermordes fand am Freitag, wie die „Neue Badische Landeszeitung“ meldet, eine Nachprüfung statt bezüglich der feineren Zeit von Peter Siefert gemachten Angaben über seinen Aufenthalt am Tage der Tat in der Gegend von Wimpfen und Kappelnau. Der Untersuchungsrichter und mehrere Kriminalbeamte fuhrten im Kraftwagen mit Siefert die Gegend auf Sieferfs Angaben ab, fanden aber keine Bestätigung. Trotz Ueberführung durch zahlreiche Beweismittel leugnet er immer noch, der Mörder der beiden Bürgermeister zu sein.“

Wth. Die neue Polizeistunde. Der preussische Minister des Innern Dominicus richtete an die Regierungspräsidenten und den Polizeipräsidenten von Berlin einen Erlaß, nach dem die Polizeistunde nach folgenden Grundsätzen festzusetzen ist: 1. Vergnügungssparten, fogen. Kummelplätze, sind mit Einbruch der Nacht zu schließen. Es bleibt den Ortspolizeibehörden jedoch überlassen, eine Verlängerung bis 11 Uhr eintreten zu lassen. 2. Für Theateraufführungen und Lichtspielvorführungen ist die Polizeistunde spätestens um 12 Uhr festzusetzen. 3. Kaffee-, Gast-, Speise- und Schankwirtschaften sind spätestens um 12 Uhr, Sonntags um 1 Uhr zu schließen. Die Ortspolizeibehörden in größeren Städten und Badeorten sind berechtigt, bei nachgewiesenem dringenden Bedürfnis die Polizeistunde auch für die übrigen bis 1 Uhr auszudehnen. In besonders geeigneten Einzelfällen, beispielsweise für Wohltätigkeitsveranstaltungen, können Ausnahmen keinesfalls über 2 Uhr hergestellt werden. Die Neuordnung soll am 1. September in Kraft treten. Der preussische Minister des Innern wandte sich außerdem in einem Rundschreiben an die Länder mit der Bitte, im Sinne der Aussprache im Reichsrat auf eine möglichst einheitliche Ausgestaltung der Polizeistunde für sämtliche Länder hinzuwirken.

H. Der Austrich von Schweinen auf dem am kommenden Freitag stattfindenden Viehmarkt ist wegen der herrschenden Schweinepest polizeilich verboten.

sh. Die Arznei- und Heilmittelversorgung der Krankenkassen bildet einen wichtigen Beratungsgegenstand auf dem Krankenlagentag in Hannover. Ihren Niederschlag fand die Aussprache schließlich in der einstimmigen Annahme der folgenden Entschlüsse: „Die Entwicklung der Arznei- und Heilmittelversorgung beansprucht die größte Aufmerksamkeit der Kassenverwaltungen. Alle Maßnahmen, die geeignet sind, die gewaltig gestiegenen Kosten zu vermindern, müssen von den Kassen unterstützt werden. Dem ungenügenden Arzneibedarf der Kranken ist durch geeignete Aufklärung entgegenzuwirken. Die Nachprüfung der Verordnungen zur Erzielung einer wirtschaftlichen Verordnungsweise ist durch Benutzung der dafür geschaffenen Zentralfstelle zu fördern. Insbesondere ist die Selbstabgabe von Arznei- und Heilmitteln zu organisieren. Der örtliche Zusammenschluß der Kassen zu Verbänden oder Vereinigungen ist geeignet, die Durchführung der Selbstabgabe wesentlich zu erleichtern. Wo die Errichtung eigener Selbstabgabestellen untunlich erscheint, sind Vereinbarungen über den Einkauf durch die Kassen und die Abgabe gegen angemessene Entschädigung durch Apotheken und Drogengeschäfte anzustreben. Die für die Selbstabgabe benötigten Artikel sind am zweckmäßigsten im Wege des gemeinsamen Großhandels zu beschaffen. Die vom Hauptverband deutscher Ortskrankenkassen zu diesem Zwecke errichtete Einkaufsorganisation (Heilmittelvertriebsgesellschaft m. b. H.) ist daher in jeder Weise zu fördern und zur Deckung des Bedarfs der Kassen möglichst in erster Linie in Anspruch zu nehmen. Von der Gesetzgebung wird gefordert: die Freigabe der gesamten Apothekenhandelsmittel — mit Ausnahme starkwirkender Mittel — für die Abgabestellen der Krankenkassen, gemeinsamer Betrieb von Apotheken durch Gemeinden und Krankenkassen; einheitliche Reichs- und Landes- und Handelsverkaufspreise mit Abzügen für Krankenkassen, die von der Reichsregierung festzustellen sind. Ausreichende Vertretung der Kassen in den Gesundheitsbehörden des Reichs und der Gliedstaaten. Durch zentrale Vereinbarungen mit den Organisationen der Apotheker und der Industrie sind die Uebelstände in der Arzneimittelförderung zu mildern.“

— Das Ende des Notgeldes. Die Reichsregierung hat an die Länder das Ersuchen gerichtet, in Zukunft die Ausprägung und das Drucken von Notgeld zu verhindern und dafür zu sorgen, daß das noch vorhandene Notgeld möglichst eingeschränkt wird. Der Reichsregierung ist es durch besondere Maßnahmen gelungen, die Ausprägungsarbeit der Münzstätten außerordentlich zu steigern, so daß die Notgeldnot bereits erheblich nachgelassen hat. Durch weitere Ausprägungen hofft man, sie bald ganz beseitigen zu können. Wie eine Korrespondenz dazu erfährt, hat die bayerische Landesregierung bereits die Aufhebung des Notgeldes für den 1. Januar 1922 und dessen Einlösung angeordnet. Für Preußen liegen den Regierungspräsidenten die bezüglichen Anordnungen ob.

— Paketauslieferung an den Posthalter. Uns wird geschrieben: Zur Befleunigung der Abfertigung an den Posthalter kann jeder beitragen, wenn er die einzufernenden Pakete selbst freimacht und das Ausleben der Freimarken nicht dem Annahmestellen überläßt. Seit dem 1. Oktober 1919 besteht der Freimarkenzwang für Pakete, auch ist der gegenwärtige Paketstempel so einfach, daß die richtige Frankierung ohne Schwierigkeiten vor der Einlieferung der Pakete bewirkt werden kann.

— Arbeitszeit und Sonntagsruhe im Fleischer- und Metzgergewerbe. Der Zentralverband der Fleischer und Metzger des Reichs hat Klage darüber geführt, daß die Bestimmungen über die Arbeitszeit sowie über die Sonntagsruhe in den Fleischerbetrieben vielfach nicht beachtet würden. Der preussische Minister für Handel und Gewerbe hat daher die Gewerbeaufsichtsbeamten angewiesen, der Frage der Arbeitszeit in den genannten Betrieben ihr besonderes Augenmerk zuzuwenden.

— Die ersten Wagen Aachen-Königsberg 3. Klasse. Die Reichsverwaltung geht jetzt im Reiseverkehr dazu über, eine Verbesserung zu schaffen, die nicht einmal vor dem Kriege bestanden hat. Es sind dies durchgehende Wagen von der Westgrenze über die Berliner Stadtbahn bis Ostpreußen. Solche durchlaufenden Wagen werden jetzt zum ersten Male zwischen Aachen und Königsberg in gewöhnlichen Schnellzügen eingestellt. Die Wagen Aachen-Königsberg führen alle drei Klassen.

— Die betrübliche Statistik. Vom Reichsgesundheitsamt wird mitgeteilt, daß bei einer, in der Zeit vom 15. November bis 14. Dezember 1919 im ganzen Reich veranfaßten Zählung rund 130 000 Geschlechtskranke von den Ärzten und in den Krankenkassen behandelt worden sind. Auf je 10 000 Einwohner treffen danach 22 gemeldete Geschlechtskranke. Was den Familienstand betrifft, so sind von den Männern die Ledigen am stärksten betroffen, alsdann folgen die Geschiedenen, die Verheirateten und dann die Verwitweten. Bei den Frauen stehen die Geschiedenen an erster Stelle.

H. Der Strafanstalts-Hauptwachmeister H. u. p. hierselbst wurde zum Strafanstalts-Hauptwachmeister ernannt.

— Vogelfest nach Amerika. Freiz. Vogelfest, der Heldentenor der Dresdener Staatsoper, unser bedeu-

Das Alte stirzt.

Reizroman aus Deutschlands Schicksalsjahr 1918

16)

von

Arthur Windler-Lannenberg.

Tschow schien in seiner Erinnerung zu suchen.

„Man hat so viel erlebt, vergißt und bringt es durcheinander — ich weiß nur noch, daß ich damals im Morgengrauen eines nebligen Septembertages eine Pionierpatrouille, die den Auftrag hatte, eine Brücke zu sprengen in bösem Schlamassel — Verzeihung —, in Bedrängnis fand. Sie wäre abgebrochen gewesen, wenn meine Dragoner sie nicht herausgehauen hätten. — Wie das so kommt — man hilft sich, steht sich kaum und muß weiter. Nur dessen entsinne ich mich noch, mein Bursche, derselbe, den ich jetzt noch habe, hat damals etwas abbekommen. Er wurde auf dem Baumwagen der Pionierpatrouille ins Lazarett geschafft und, ist mir recht erinnerlich, zusammen mit dem Leutnant und einem Mann der Patrouille. Ich gab dem Wagen noch ein paar Reiter von mir zur Bedeckung mit.“

Luisens Gesicht zeigte höchste Spannung. Hastig blätterte sie in dem ersten Bande der Briefe. „Das wäre ja ein merkwürdiger Zufall, Herr von Tschow. War es am 9. September 1914?“

Der Gefragte zuckte die Achseln. „Weiß ich nicht, meine Gräfin, weiß ich wahrscheinlich nicht mehr. Wer soll solche Daten behalten in dem Wirbel der Ereignisse! Aber, wie gesagt, mein Bursche ist damals verwundet worden, und wenn Sie beschließen, gnädiges Fräulein, frage ich ihn.“ „Ich würde herzlich darum bitten. Sie können sich vorstellen, wie mich das interessiert. Auch die Nummer des Pionierbataillons wissen Sie nicht mehr?“

„Keinen Schimmer! Eine Episode — vorbei, weiter! Weiterleben im Felde.“

Da schlug Luise Dahlbach den Band wieder zu. Dieser Kriegsmann — und das liebte ihn eigentlich gut — machte kein Auf-

heben von seinen Taten und diese standen wohl kaum in irgend einer Beziehung zu Joachim. So fragte sie nur: „Und Vater suchte Sie? — Er ist vor wenigen Minuten in sein Arbeitszimmer gegangen. Wenn Sie ihn zu sprechen wünschen, treffen Sie ihn dort bestimmt.“ Das war eine Verabschiedung in höflicher aber auch in unzweideutiger Form. Günther von Tschow schlug die Haken zusammen: „Gnädigste, gehorlamster Dant.“ Eben wollte er gehen, da hielt ihn ein Wort der jungen Dame zurück.

„Herr von Tschow.“ „Gnädigste Fräulein befehlen?“ „Sollte — es ist ja kaum anzunehmen —, aber sollte es sich um den 9. September 1914 handeln — Sie wollen ja die Güte haben, sich danach zu erkundigen.“ „Auf der Stelle natürlich.“ „Dann —“ „Sende ich meinen Braven Wolter hierher, wenn Sie gestatten.“ „Ich bitte darum.“

Tschow war gegangen und Luise wollte Briefbände und Bild in das Schreibstischchen zurücklegen, da kam ihr der Gedanke, doch vorher noch einmal den Brief vom 24. September zu lesen, in dem Joachim von seiner Verwundung berichtet hatte.

Sie setzte sich und blätterte in dem Band. Dann hatte sie gefunden, was sie suchte und las:

„Lieber Vorn in der Wunde und matt vom Blutverlust, auch heute noch, aber sonst geht es schon wieder. War eine böse Geschichte, Schwesterchen, und wenn da aus dem Morgenmehl des neunten nicht, wie von Gott gesandt, ein paar Reiter auf schwebenden Pferden aufgetaucht wären, als es eigentlich mit uns Matthias am letzten war, dann schriege ich dir heute nicht, daß mir mein Glühwein, den Schwester Frieda soeben kredenz hat, ausgezeichnet schmeckt. Morgen mehr, wenn es mit mir weiter so vorwärts geht.“

Dein Jochen.“

Eben legte sie den Band hin, da klopfte eine Soldatenhand kräftig an die Tür.

Auf Luisens „Herein“ wurde ein Dragoner sichtbar, der, vor ihr stammend, sagte:

„Befehl des Herrn Oberleutnant. Sein Bursche, Dragoner Wolter, zur Stelle.“

Luise erschrak. „Also doch, war es möglich? Sie konnte vor Ueberraschung keinen Ton aus der Kehle bekommen, endlich aber vermochte sie stotternd zu sagen:

„Der Herr Oberleutnant hat Sie gefragt, ob das Gescheh an der Marne, bei dem Sie damals verwundet wurden, am 9. September stattfand?“

„Zu Befehl, am 9. September, früh 5 Uhr.“ „Oh, dann erzählen Sie“, bat das schöne Mädchen flehend. Wolter suchte nach Worten und fand sie schwer. Längeres, zusammenhängendes Reden war keine Sache nicht. Aber klar und faßlich wurde sein Bericht auch so:

„Habe eben dem Herrn Oberleutnant gesagt, daß ich mich schon sehr wunderte, weil der Herr Leutnant damals auf demselben Wagen mit mir gerade so hieß, wie hier die Herrschaft. Dahlbach! Habe das jetzt gleich gesagt, als mich der Herr Oberleutnant fragte, ob ich noch wüßte, wann ich damals die Kugel abtriege. — Ja, der Herr Pionierleutnant hieß Dahlbach.“ „Mein Bruder“, stieß Luise wehmütig hervor und ließ sich dann alles erzählen, was Tschows Bursche von jenem Vorfall wußte. Spätere Briefe Joachims enthielten Einzelheiten, die mit den Angaben Wolters übereinstimmten, und Luise Dahlbach wußte nun, daß Günther von Tschow mit seinen Dragonern es gewesen war, der den Bruder vor der Gefangennahme durch den nachdrängenden Feind bewahrt hatte.

Wolter empfing einen Taler, und Luise sah noch lange in heftiger Erregung allein. Joachim war tot und doch durchströmte sie ein warmes Gefühl für Tschow, der ihm dereinst Hilfe und Befreiung gebracht hatte.

Als sie bei Tische den Baron wieder sah, sprach sie diese Empfindung aus, warm, herzlich und aufrichtig. Er lehnte bescheiden ab, war aber doch sehr glücklich, und der Fabrikherr freute sich über die Tochter, die zum ersten Male von Tschows Bemühungen, ihr zu gefallen, nicht frostig zurückwies.

(Fortsetzung folgt.)

benötigten
meinfamen
band deut-
schete Ein-
m. b. h.)
deckung des
Anspruch
rdert: die
itel — mit
ogabestellen
Apotheken
he Reichs-
r Kranken-
fundsbesör-
trale Ver-
thefer und
mittelver-
erung hat
t die Aus-
ndern und
d möglichst
durch beson-
arbeit der
die Klein-
ch weitere
zu können.
Bayerische
Notgeldes
ungeordnet.
die bezüg-

Uns wird
an den
einzigste
Aufleben
schäft. Seit
Wang für
infach, daß
r der Ein-

ergetwerbe.
aufgehoben
ie Bestim-
antagsruhe
et würden.
hat da-
Frage der
besonderes

Klasse. Die
über, eine
dem Kriege
von der
tpreuen.
rsten Male
en Schnell-
erg führen

esundheits-
om 15. No-
veranstal-
von den
orden sind.
meldete Ge-
so find
eiltigt, als
und dann
schiedenen

hier selbst
annt.

Bogelstrom,
er bede-

Dragoner

eberraschung
ermochte sie

Gesicht an
am 9. Sep-

stehend.

ängeres, zu-
er klar und

ich mich schon
demselben

Dahlbach
untant frag-

gelegrne Aker
im Stich, wo es von der Polizei aufgefunden wurde.

wtb. Frankfurt a. M. Die hiesige Kriminalpolizei ist umfang-

reichlich Diebstählen bei der Gilgatabfertigung auf dem hiesigen

Rechtsbahnhof auf die Spur gekommen. Es wurde festgestellt, daß

Zigarettenfabrikanten im Gesamtverbrauche von 428 000 M unter-

schlagen wurden. Nach weiteren Diebstählen bei der Gilgatabfer-

tigung ist man auf die Spur gekommen, sodaß die fortgesetzten Dieb-

stahle bei Bahnsendungen Aufklärung finden dürften. Im ganzen

tender Landmann, beschäftigt, wie die „Westf. Ztg.“ in
Bielefeld zu berichten weiß, ein Engagement für die Metro-
politank Oper in Kopenhavn anzunehmen. — Er wird sich vor-
her in einem vom Musikhaus Meyer veranstalteten Meister-
konzert von seinen Bielefelder Freunden verabschieden.

Amt Herford-Hiddenhausen

h. Falkendiek. Eine neue Glocke läßt die Gemeinde
Falkendiek neben der Schule auf dem Homberge anbringen.
Eichenbalken sind hochgerichtet, die die 6 Zentner schwere
Glocke, welche in Apolda in Thüringen aus Stahl gegossen
wurde, tragen sollen.

u. Stedekund. Unter großer Beteiligung von nah und fern
wurde Sonntag der bei der Schule für unsere 18 im Weltkriege
gefallenen Krieger errichtete Gedenkstein feierlich enthüllt. Eingeleitet wurde der Gedenkakt von Händels Trauermarsch und einem
Prolog von Fr. W. Heuermann-Gidum. Dann sprach Pastor Nie-
mann die Enthüllungsworte über das Thema: „Den Gefallenen zum
Gedächtnis!“ Darauf folgte die Hülle. Der Vorsitzende des Krieger-
vereins und sämtliche Angehörige der Gefallenen legten Kränze am
Denkmal nieder. Dann sprach noch Pastor Höpfer über ein zweites
Thema: „Den Lebenden zur Anerkennung“ und Landrat v. Borries
über ein drittes: „Dem künftigen Geschlecht zur Nachweisung.“
Kinder- und Posaorchestre, sowie gemeinsame Gesänge verschönten
die sehr erhebende Feier.

Amt Mlotho

Baldorf. Der Lehrer Friedrich Gekemeier hier selbst
ist vom Regierungspräsidenten in Minden zum 1. Stellver-
treter des Standesbeamten für den Standesamtsbezirk
Baldorf bestellt worden.

Edinghausen. Einem hiesigen Landwirt wurde am Donner-
stag mittags aus einem in der Küche aufgehängten Hahn eine Brief-
tasche mit 450 M Inhalt gestohlen. Die Täter, zwei junge Bur-
schen aus Minden, die bei dem Bestohlenen und in der Nachbar-
schaft gebettelt haben, sind inzwischen durch den Oberlandjäger
ermittelt.

Sieker bei Bielefeld. Die Gemeinde Sieker, die erst
vor ein paar Tagen durch ein größeres Feuer heimgesucht
wurde, hatte am Sonnabend einen ähnlichen Brand zu ver-
zeichnen. Auf dem Grundboden eines der Häuser der West-
fälischen Wohnung (Große Höhe), das von den Familien
Lübbe und Hilfer bewohnt wurde, brach am Sonnabend
morgens aus unbekannter Ursache ein Brand aus, der in den
Seuervorräten schnell um sich griff. Der Dachstuhl des ein-
stöckigen Hauses brannte vollständig ab. Dem talfräftigen
Eingreifen der Nachbarn und der Arbeiterschaft der Möbel-
fabrik Scherbeck ist es zu danken, daß fast das gesamte
Mobiliar vor den Flammen gerettet werden konnte.

Lippische Freistaaten

Bad Salzuflen. Ueber den Antrag des Stadtverordneten Stöl-
king auf Entfernung der Bilder des Fürstenpaares fand in der
letzten Stadtverordnetenversammlung nochmals eine Aussprache statt, in
der seitens des Stadtverordneten Vogel beantragte wurde, diesen
Punkt von der Tagesordnung abzugeben, da doch der größte Teil der
Bürgerchaft, selbst Arbeiter, nicht damit einverstanden wären, wenn
man die Bilder entferne. Der Fürst, der Eigentümer des Bades
gewesen sei, habe für Salzuflen sehr viel getan. Wenn die Bilder
verschwinden, so würden die Flecken an der Wand einen un schönen
Eindruck machen. Diese Flecken ließen sich zwar beseitigen, aber
nicht die Flecken, die dauernd auf den Stadtverordneten haften
würden. Im Grunde sei die ganze Sache nur eine politische
Ausgeschaltung. Stadtverordneter Beckmann erwiderte darauf, daß
es sich darum handle, daß dem Gefe Gelege getan werde, was
für das Reich gelte, müsse auch für eine Kommunalverwaltung maß-
gebend sein. Nachdem auch die Stadtverordneten Nieke und Schel-
per nochmals ihren ablehnenden Standpunkt begründet hatten,
wurde zur Abstimmung geschritten. Diese ergab Einstimmigkeit,
sodaß dieselbe in der nächsten Sitzung wiederholt werden muß. Die
Versammlung wird sich also demnächst zum vierten Male mit der
Angelegenheit beschäftigen.

Aus Nachbarschaft und aller Welt

Bochum. Auf einer in der Bürgergesellschaft stattgefundenen
Tagung des Meiereiverbandes für Westfalen und Lippe wurde der
Zusammenschluß mit den westfälischen Milchhändlergenossenschaften
hollagen. Der Zusammenschluß mit den rheinischen Milchhändler-
genossenschaften soll in die Wege geleitet werden.

Burgsteinfurt. Ein Diebstahl ist in der Nacht zum Donnerstag
im hiesigen evangelischen Krankenhaus verübt worden. Durch Ein-
bruch und Öffnen mehrerer Türen mittels Dietrichen gelangten
die Diebe in die Vorratsräume und schleppten große Posten Lebens-
mittel und Wäsche heraus. Zum Glück konnten die Einbrecher ihren
Weg nicht fortzuschleppen, anscheinend wurden sie durch die das Ge-
lände abstreifende Nachtpolizei gestört und ließen das geraubte
Gut im Werte von 8000 M auf einem hinter dem Krankenhaus
gelegenen Acker im Stich, wo es von der Polizei aufgefunden wurde.

wtb. Frankfurt a. M. Die hiesige Kriminalpolizei ist umfang-
reichlich Diebstählen bei der Gilgatabfertigung auf dem hiesigen
Rechtsbahnhof auf die Spur gekommen. Es wurde festgestellt, daß
Zigarettenfabrikanten im Gesamtverbrauche von 428 000 M unter-
schlagen wurden. Nach weiteren Diebstählen bei der Gilgatabfer-
tigung ist man auf die Spur gekommen, sodaß die fortgesetzten Dieb-
stahle bei Bahnsendungen Aufklärung finden dürften. Im ganzen
wurden 15 Personen in Haft genommen.

Heidelberg. Eine Frau von hier war mit ihrem geisteschwachen
elfjährigen Mädchen in den Wald gegangen, um Holz zu holen.
In der Nähe des hohen Kastenbaumes zwischen dem Königsstuhl und
Redaragmund, vermißte sie plötzlich das Kind. Sie rief und suchte
den ganzen Nachmittag bis zum Einbruch der Dunkelheit, fand das
Kind aber nicht wieder. Am Sonnabend ging sie wieder in den
Wald und suchte den ganzen Tag vergeblich nach dem Mädchen.
Erst als sie abends in die Stadt zurückkehrte, machte sie der Polizei
Mitteilung. Daraufhin fuhr am Sonntag früh vierzig Mann
von der Kriminalpolizei und Gruppenpolizei mit einem Kraftwagen
zum hohen Kastenbaum hinauf. Die Frau führte die Beamten an
die Stelle, wo sie das Kind vermißt hatte. Bereits nach einer

halben Stunde Suchens wurde das Mädchen schlafend und rosig im
Walde gefunden. Als es erwachte, lachte es die Leute freundlich an.
Es fühlte sich offenbar recht wohl und hatte anscheinend keinen Scha-
den bei dem zweimaligen Uebernachten im Walde und dem etwa
zweitägigen Hungern davongetragen. In den Taschen trug es
Blumen, die es inzwischen gesammelt hatte. Infolge seiner Geistes-
schwäche hatte es die Rufe der Mutter nicht beantwortet. Die
Mutter war beim Anblick ihres Kindes so erfreut, daß sie in Ohn-
macht fiel.

wtb. Meiningen. Montag nachmittag wurden in Wafungen
durch Großfeuer mehr als 20 Häuser und zahlreiche Scheunen mit
der gesamten Ernte eingeeigert.

wtb. Kottbus. Eine Feuersbrunst äscherte in Gröbich im Kott-
buser Landkreis zehn Gehöfte ein. Der Brand entbrach durch
Kammfanten, die in ein Strohbad fielen. Die meisten der Abge-
brannten haben, da sie nur gering versichert waren, ihre ganze
Habe eingebüßt.

wtb. Weimar. Der Diebstahl im Landesmuseum in Weimar,
bei dem u. a. ein Rembrandtbild gestohlen wurde, ist jetzt aufge-
klärt. Der zurzeit in Weimar in Haft befindliche Kaufmann Kott
und Schlosser Schuhmann haben gestanden, den Diebstahl ausge-
führt zu haben. Sie haben die Bilder in der Nähe von Weimar
an einer Stelle verborgen, die zurzeit noch gesucht wird.

wtb. Plauen (Vogl.) In der Nacht zum Sonntag wurde auf
der Straße Plauen-Reichenbach ein Auto, in dem zwei Schweden,
darunter ein Mitglied des schwedischen Ausschusses für die deutsche
Kinderhilfe saßen, von drei maskierten Räubern durch mehrere Re-
volverkugeln zum Halten gebracht. Die Räuber nahmen den In-
halten 1500 M ab. Der Führer des Autos wurde durch Schüsse in
den Fuß schwer verletzt. Die Räuber sind entkommen.

wtb. Jütl. Nach Wiener Zeitungsmedungen ereignete sich am
Sonntag in Bad Jütl ein Zwischenfall, bei dem ein holländischer
Student Baron van der Kapelle beteiligt war. Als ein von Arbeit-
ern veranstalteter Umzug beim Hotel Elisabeth vorüberkam, fielen
von einem Balkon Schiffe und höhnische Bemerkungen. Die Ar-
beiter verlangten die Auslieferung des Täters, van der Kapelle
wollte sich entschuldigen, er wurde aber von Arbeitern mißhandelt,
ebenso sein Bruder. Die Arbeiter beruhigten sich erst auf die Zu-
sicherung, daß die ganze Familie von der Kapelle Jütl verlasse und
einen Schwebetrag von 10 000 Kronen zugunsten der Hungerleidenden
in Rußland zahlen würde. Die holländische Familie verließ
bereits gestern Jütl und ersuchte den holländischen Gesandten um
Intervention.

wtb. Linz. Die von einer Tour in das Dachsteingebiet nicht
zurückgekehrten Wiener Touristen Dr. Me und Dr. Öbring sind
von einer Rettungsexpedition an der Südwest des Torleins er-
fahren aufgefunden worden. Wie das „Linger Volksblatt“ meldet,
sollen vier weitere Personen im Dachsteingebiet vermißt werden.

wtb. Innsbruck. Wie die „Innsbrucker Nachrichten“ melden,
find vom 1. April bis 15. Juli in den Tiroler Bergen 28 Personen
tödlich verunglückt. 78 Abgestürzte haben mehr oder minder schwere
Verletzungen erlitten.

wtb. Belgrad. In Laibach wurde am Sonnabend der Sohn des
ehemaligen Erzherzogs Leopold Salvator, Rainer von Habsburg,
festgenommen. Sein Paß lautete auf den Namen eines Grafen
Lorenzfeld. Bei der Durchsicherung seines Gepäcks wurden kompro-
mittierende Schriftstücke gefunden, darunter Briefe des Fürsten
Windischgrätz an den Kaiser Karl. Windischgrätz bietet dem Kai-
ser in diesen Briefen alle seine Bestellungen als Wohnort an.

wtb. London. Der „Star“ meldet, daß in dieser Woche in
Harnborough der erste Versuch mit einem senkrecht in die Luft stei-
genden Flugzeug gemacht werden wird. Der Bau dieses Flug-
zeuges, das eine Ummantlung auf dem Gebiete des Flugwesens be-
deuten soll, wurde unter größter Geheimhaltung vorgenommen.

Die Ruhr in München.

tu. München. Die Ruhr hat in der letzten Woche an Ausdeh-
nung zugenommen. Die Zahl der täglichen Zugänge betrug acht
bis zehn, doch ist die Zahl der schweren Erkrankungen gering. In
der abgelaufenen Woche sind drei Personen an der Ruhr gestorben.

Flug des „A. 38“ über den Ozean.

Das an Amerika verkaufte Luftschiff „A. 38“ wird auf dem
Flugplatz Polsham von der amerikanischen Regierung übernommen
werden. Der Flug über den Ozean wird voraussichtlich am Montag
beginnen und wahrscheinlich 96 Stunden dauern.

Mit einer Kugel im Herzen.

Vor einigen Tagen wurde auf dem Gienacher Friedhof ein
junger Mann mit einer Schusswunde in der Brust bewußtlos auf-
gefunden. Die Ärzte stellten fest, daß der Schuß ins Herz gegangen
war und daß die Herzaktivität anscheinend bereits aufgehört hatte.
Schon wollte man den Verstorbenen in die Leichenhalle bringen, als
plötzlich das Herz wieder zu schlagen begann. Der Mann wurde
darauf ins Krankenhaus gebracht, wo er sich wider Erwarten sehr
rasch erholt, so daß jetzt mit seiner völligen Wiederherstellung ge-
rechnet werden kann. Nach der ärztlichen Untersuchung hat die
Kugel Brust- und Herzbeutel des Lebensmüden durchbohrt und ist
im Herzmuskel stecken geblieben. Es liegt also der seltene Fall vor,
daß ein Mensch mit einer Kugel im Herzen weiterleben kann.

Ein schwarzer Amokläufer.

Zu den bereits gemeldeten Ueberfällen deutscher Zivilpersonen
in Dien a. d. Bahn durch einen französischen schwarzen Soldaten
werden noch folgende Einzelheiten bekannt, die zeigen, welchen Ge-
fahren die deutsche Zivilbevölkerung durch schwarze Amokläufer,
deren Zahl leider nicht klein ist, ausgesetzt ist. Der schwarze Fran-
zose überfiel ohne jede Veranlassung die Eheleute G. in der Pfaffen-
gasse und bedrohte sie mit dem Seitengewehr. Junge Leute, die
Zeugen dieses Voralles waren, benachrichtigten eine deutsche Poli-
zeipatrouille, die den Attentäter verfolgte. Dabei hörten sie plötz-
lich aus der Richtung Dorniensteinstraße weibliche Hilferufe. Die
Patrouille eilte der Stelle zu, sah aus der Ferne ein mit einem
Schwarzen ringendes Mädchen, der bei ihrem Näherkommen die
Flucht ergriff. Es gelang ihr aber, den Soldaten einzuholen und zu
fassen. Sofort griff dieser mit seinem Seitengewehr den Polizei-
wachmeister S. an. Dieser suchte sich des Angreifers zunächst in
Verteidigungsstellung zu erwehren, da er aber immer ungünstiger
auf ihn einwirkte, verließ der Polizeiwachmeister dem Schwarzen
einen Hieb über den Schädel, der ihn bewußtlos zusammenbrechen
ließ. Die Patrouille benachrichtigte einen in der Nähe wohnenden
französischen Hauptmann sofort von dem Vorfall und brachte den
Schwarzen zur nahen Kaserne. Das überfallene Mädchen hatte
sich inzwischen entfernt. Dagegen befanden amsonde junge Leute
aus Hahnstätten 1. ten Ueberfall auf das Mädchen und 2. einen
Ueberfall des Schwarzen auf sie selbst, wobei einer der Leute durch
einen Hieb mit dem Seitengewehr verletzt und sein Armzug auf-
gerissen worden war. Die französische Behörde vernahm sofort
familiäre Zeugen des Vorfalls und scheint auf Grund des Tatbe-
standes anzunehmen, daß der Polizeiwachmeister in Notwehr ge-
handelt hat, doch glaubt sie, der Schwarze sei betrunken gewesen.

Die beiden Polizeibeamten jedoch sind anderer Ansicht, da der Fran-
zose in betrunkenem Zustande den Polizeiwachmeister nicht so ge-
schickt und gewandt hätte attackieren können.

Kleine Nachrichten.

Verfordirektor Georg Seebert, Ehrenbürger von Geest-
münde, stiftete 100 000 M zum Bau eines Volkshauses in Alt-
Geestmünde. — Ein eigenartiger Unglücksfall ereignete sich in dem
Dorfe Alendorf. Der 13jährige Biegling des Mehrgemeisters
Schmidt fuhr mit zwei Pferden von der Dreischmaschine zurück.
Als der Junge vom Pferde absprang, stieß er sich ein Schlach-
tmesser, das er in der Hosentasche trug, ins Herz. Der Tod trat sofort
ein. — Ein 14jähriges Mädchen wurde in Nolle wegen Brand-
stiftung in Schutzhaft genommen und dem Amtsgericht in Burg
zugeführt. Nach eigenem Geständnis hat das Mädchen feinerzeit
das Anwesen eines Landwirts, bei dem es arbeitete, angezündet.
Als Grund gab die jugendliche Uebeltäterin Heimweh an. — In
Stettin erschloß der 17jährige Lehrling Bohr seine zwei Jahre
ältere Geliebte, die Puhmacherin Zierle. Beide hatten beschloffen,
gemeinsam aus dem Leben zu scheiden. Nach der Tat fehlte Bohr
der Mut, selbst Hand an sich zu legen. Er stellte sich der Polizei.
Ueble Erfahrungen scheint Postinspektor Brand in Rößen gemacht
zu haben. Er verabschiedete sich mit folgender Erklärung: „Allen
Kassentanten, Spießbürgern, Klatschen (männliche, weibliche, alte,
junge mit und ohne Antscharakter) rufe ich bei meinem Scheiden
aus Rößen zu: Trübsal euch, unfachbar in meinem Trennungsschmerz,
allen übrigen ein freundliches Lebenswohl!“ — Aus Berlin wird fol-
gende niedliche Geschichte gemeldet: In der Nacht klang plötzlich
einige Glocken der Grunewald-Kirche. Eine Streife der Schutz-
polizei, die nach der Ursache des zu ungewöhnlicher Zeit einsehenden
Läutens forschte, entdeckte, daß ein Fenster neben dem Hauptportal
der Kirche ausgeschnitten worden war. Als die Einbrecher ein-
steigen wollten, hatten sie die dort angebrachte Alarmvorrichtung
in Tätigkeit gesetzt. Sie ergriffen nun schleunigst die Flucht und
entkamen.

Soziales

25 Jahre Heilfürsorge der Landes-Versicherung Westfalen.

Am 30. August d. Js. ist ein Vierteljahrhundert ver-
flossen, seitdem die Landes-Versicherungsanstalt Westfalen für
die Bearbeitung der Angelegenheiten der Heilfürsorge
für ihre Versicherten eine besondere Abteilung einrichtete.
Aus bescheidenen Anfängen, gleichsam Versuchen, hatte sich
die Heilfürsorge bis zum Jahre 1896 nur langsam ent-
wickelt. Mit der wachsenden Erkenntnis, daß es wichtiger
und für den einzelnen Versicherten und die Allgemeinheit
legensreicher sei, den Versicherten die Gesundheit wieder zu
verschaffen, statt ihnen die immerhin bescheidene Rente zu
zahlen, ist dann seit 1896 die Heilfürsorge der Landes-Ver-
sicherungsanstalt Westfalen zu einem weit schirmenden
Zweige der allgemeinen Volkswohlfahrtspflege ausgestaltet
worden. Es würde zu weit führen, im Rahmen dieser
kurzen Notiz mit Zahlenreihen aufzuwarten, die die Lei-
stungen der Landes-Versicherungsanstalt Westfalen auf die-
sem Gebiete veranschaulichen. Nicht vorübergehen aber
kann man an dem Wirken jener Beamten, die seit einem
Vierteljahrhundert ununterbrochen in stiller, ernster Arbeit
die Heilfürsorge zu dem gemacht haben, was sie heute ist.
Es sind dies die Herren Rechnungsdirektor Koefer und
Landesobersekretär Poggenbeck. Rechnungsdirektor Koefer
steht noch heute als Leiter an der Spitze der ganzen Heil-
verfahren-Abteilung. Vor 25 Jahren trat die Abteilung
mit 3 Beamten ins Leben; heute sind einige 40 Beamte
darin beschäftigt. Eine Insumme von Arbeit hat dazu ge-
hört, die Heilfürsorge zu organisieren. Die Verbindung
mit den Bädern, Kurorten, Krankenhäusern und Heil-
anstalten der Provinz und der Nachbargebiete herzustellen.
Die für die Kranken geeigneten Kurmethoden auf Grund
 sorgfälztiger Beobachtung der Erfolge herauszufinden und
so das Vertrauen der Versicherten zu den Heilmassnahmen
der Landesversicherungsanstalt zu erwecken und zu erhalten.
An den Erfolgen auf diesem Gebiete hat Rechnungsdirektor
Koefer unbefristet das Hauptverdienst. In ebenso un-
verdroffenem Eifer hat sich Landesobersekretär Poggenbeck
seit 25 Jahren der Tätigkeit in der Heilfürsorge gewidmet;
auch ihm ist ein vollgerichtetes Maß von Anteil daran zu-
zuerkennen, wenn die Landes-Versicherungsanstalt West-
falen auf dem Gebiete der Heilfürsorge mit an der Spitze
der deutschen Landes-Versicherungsanstalten steht.

Aus der Tabakindustrie

chr. Die westfälischen Tabakarbeiter gegen die geplante
Erhöhung der Zigarrenbändersteuer. Am letzten Son-
tage fand in Böhne i. Westf. eine große Konferenz der christ-
lich organisierten Tabakarbeiter Westfalens statt, die in
einer Entschlieung sich ganz entschieden gegen jede weitere,
seitens der Regierung geplanten Belastung der Tabak- und
Zigarrenindustrie ausdrückt. Diese Entschlieung ist den
bürgerlichen Parteien des Reichstages seitens der Bezirks-
leitung des christlichen Tabakarbeiterverbandes in West-
falen zugestellt worden mit der Bitte, dem die Tabak-
industrie vernichtenden Regierungsentwurfs die Zusim-
mung zu verlagen.

Märkte

Beer (Ostfr.) Der letzte Zuchtviehmarkt war von auswärtigen
Jägern und Händlern gut besucht. Der Markt war in der Haupt-
sache mit Bullen besetzt. Jüngere Bullen 1. Sorte kosteten 20 000
bis 50 000 M, 2. Sorte 10 000—20 000 M, hochtragende Kühe 1.
Sorte 10 000—20 000 M, hochtragende und niedertragende Kühe
10 000—15 000 M, halbjährige Bullenkühe 4000—12 000 M, hal-
jährige Kuhfäbber 3500—5000 M.

Beschwerden

Aber unregelmäßige und unpünktliche Zustellung unseres
Blattes bitten wir sofort an unsere Geschäftsstelle:
Kempfer, 29/31 (Fernsp. 83) zu richten.

Verlag der Verforder Zeitung für Stadt u. Land.

